

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlanddeutschen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 100 Mk. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtsparafasse Renenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum Mk. 130.—, auswärts Mk. 150.—, Reklame-
zeile 350 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden
jeweils 75 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 113

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 17. Mai 1923

General 179

58. Jahrgang

Was geht im Osten vor?

Die Einkreisung Deutschlands

Marshall Foch, der „Siegreiche“ Entente-Generalfeldmarschall des Weltkrieges, betreibt heute ein politisches Gewerbe im Umherziehen, nämlich das der neuen Einkreisung Deutschlands. Seine Propagandatätigkeit in Warschau bei Bekehrung und Paradedemarsch ist während der Aufregungen des Ruhrkrieges und der sonstigen westlichen Ereignisse leider viel zu wenig beachtet worden. Man sollte sich aber nicht länger ablenken lassen von dem, was zurzeit im Osten vorgeht. Foch wechselt jetzt von Polen nach der Tschechoslowakei hinüber. Er trifft am Montag in Prag ein. Im tschechischen Abgeordnetenhaus hat es bereits eine Hochdebatte gegeben. Ein Kommunist erklärte nicht mit Unrecht, die feierliche Begrüßung Fochs durch die Behörden gelte dem französischen Imperialismus, und unter den ironischen Zurufen nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Deutschen brachte der Kriegsminister Urdzal den unglücklichen Einwand hervor, Foch sei der Befreier vieler verlassener Völker, er werde mit Recht als „der größte Pazifist der Gegenwart“ bezeichnet. Was es mit dem Pazifismus eines Generals Foch auf sich hat, das wird von der Pariser Ausgabe der Daily Mail mit bemerkenswerter Offenheit ausgeplaudert. Dieses nimmermilde Heftblatt läßt sich nämlich aus Warschau melden, der Besuch des französischen Reichsmarschalls in Warschau und in der Tschechoslowakei werde wichtige Folgen haben, denn nunmehr böten sich den Alliierten neue Varianten gegen einen etwaigen militärischen Angriff durch Deutschland oder Rußland. Die Erwähnung „Rußlands“ und der Begriff „Allierte“ (statt zu lesen: Frankreich) sind natürlich besonders schau eingefädelt in einem Augenblick, da die Spannung zwischen London und Moskau zunimmt und infolge des Lausanner Vordrängens auf die Sowjetunion eine allgemeine westeuropäische Nervosität eingetreten ist. Wie Rußland auf die französische Kriegstreibererei reagiert, geht aus den Erklärungen hervor, die Trotski dieser Tage in einer Sitzung des Revolutions-Militärkabinetts in Moskau abgab. Betsprochen wurde dort gerade die polnischen 400 Millionen-Anleihe bei der Regierung Poincaré und besonders die Tatsache, daß Polen sich verpflichtet hat, drei Viertel davon ausschließlich für Kriegszwecke zu verwenden. „Nach authentischen Daten, die wir darüber besitzen“, sagte Trotski, „hat man in Polen damit begonnen, und zwar zunächst mit der Reorganisation und Verstärkung der polnischen Armee und des Militär-Ingenieurwesens.“ Rußland ist selbstredend gezwungen, damit Schritt zu halten! Also Kriegsrüstung im Osten auf der ganzen russisch-polnischen Linie. Aber bleiben wir bei Deutschland. Marshall Foch hat einen Reichsleiter der genannten Daily Mail versichert, er bemühe sich nur, den Eintritt Polens in die Klein-Entente zu ermöglichen. Die Klein-Entente diene auch sein Besuch in Prag. Da auch der König von Rumänien demnächst nach Warschau kommen werde, käme die Frage des Eintritts Polens in die Klein-Entente in Frage. In Polen herrsche keinerlei Oberflächigkeit. Das ist natürlich der übliche diplomatische „Qualm“, der zur Vertuschung der wahren Absichten und Ziele gebraucht wird. Weshalb erschreckender Offenheit tatsächlich in Polen herrscht, erleiht man daraus, daß — nach ganz offenen Meldungen der Danziger Polenpresse — General Jellgowski, der seinerzeit den Heberfall auf Warschau leitete, in Thorn eingetroffen ist, um ein Armeekorps der polnischen Rüste zu organisieren. Die polnischen Blätter melden der neuen Ausgabe des Generals in dem augenblicklichen Zeitpunkt die höchste politische Bedeutung bei. Was geht da vor? Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Musjinski, der seit Jahr und Tag an der Verschärfung des deutsch-polnischen Gegenstandes arbeitet, hat soeben ein „neues Drohverbot“ erlassen, worin er von einer Revolution der Reichs-Lage Danzigs spricht, die auf polnischen Antrag hin demnächst von den alliierten und assoziierten Mächten betrieben werden könnte. Gleichzeitig trifft aus Warschau die Nachricht ein, daß die dortigen Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen von der polnischen Delegation brüskel abgebrochen worden sind. Eine kriegerische Panfare der Warschauer Presse beahndelt dieses Ereignis. Kurzer Vorwand spricht ganz im Poincaré'schen Stil von „höhen Willen des Danziger Senats auf Umweitung aus Berlin“ (!) und fordert sofortige Exekution zugunsten der Rechte Polens. Von solchen Drohungen bis zum polnischen Einmarsch in Danzig und zum Ruhrkrieg im Osten ist es nicht weit. Neue Vorbeeren winken dabei dem „Herrn Generalfeldmar-“

Tagespiegel

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde die außenpolitische Lage von den verschiedenen Parteien besprochen. Die Regierung hat sich aber noch keineswegs festgelegt. Es wird jedoch wahrscheinlich der Notenwechsel fortgesetzt werden.

Am Ruhr- und Rhein, sowie in der Pfalz werden die Auswirkungen von den Franzosen in verschärftester Weise fortgesetzt. Der deutsche Widerstand hält jedoch in ungebrochenem Maße an.

Bei dem russisch-englischen Konflikt scheinen die Russen einlenken zu wollen.

Bei der neuen Konferenz in Lausanne hat sich infolge griechisch-türkischer Schwierigkeiten eine mehrtägige Unterbrechung eingestellt.

In Lettland hat wieder einmal die Regierung gewechselt.

Das englische Königspaar, das dem italienischen Hofe einen gerade im Hinblick auf die Entente vielbeachteten Besuch abstattete, ist wieder von Rom abgereist.

Die Teuerungszuschläge für Beamte und Reichsarbeiter wurden wesentlich erhöht. Die Reichsbahn kündigt eine Erhöhung der Personentariife um 100 Prozent, der Gütertariife um 40 Prozent an.

Die streikenden Werftarbeiter in Hamburg haben einen Schiedsspruch angenommen, so daß der Streit in Wäde beigelegt sein wird.

Die scheinbare Räumung der Stadt Limburg durch die Franzosen wird durch einen Anschlag beteuert, wonach die Stadt zum besetzten Gebiet zu rechnen sei.

Auch Japan hat nun eine ablehnende Antwort auf die deutsche Note vom 2. Mai gesandt.

Zweck auf 4 400 000 Mark und die zur Fortführung und Vollendung des Grimmischen Wörterbuchs auf 300 000 Mark. Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt erklärt Abgeordneter Kerner (Soz.), das ganze Gesundheitswesen müsse vergesellschaftlicht und ein Gesundheitsministerium geschaffen werden. Bei der nun folgenden Abstimmung über eine deutsch-nationale Entschliessung betreffend eine Unterfuchung der Organisation der sächsischen Landespolizei ergibt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses. In einer neuen vom Präsidenten auf 12 1/2 Uhr anberaumten Sitzung wird dann die Entschliessung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen und der Rest des Etats debattelos erledigt. Beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums wird eine Entschliessung, die eine Verbilligung der Baustoffe verlangt, angenommen, ebenso der Rest des Etats, desgleichen die Etats des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Reichsjustiz, des Reichsverkehrs- und des Reichsernährungsministeriums. Bei der dritten Beratung des Reichsfinanzetats wird die zweite Beratung des Entwurfs über die Beteiligung kleiner Forderungen aus dem Reichsschuldbuch damit verbunden. Der Antrag des Ausschusses, daß bei Rückzahlung von Kriegsanleihe den Einzahlern ein Zuschlag von 150 Prozent gewährt werde, wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung eines Antrages Emminger (Bsp.), der einen Zuschlag von 400 Prozent verlangte, angenommen, ebenso auch in dritter Lesung. Der Finanzetat wird gleichfalls bewilligt. Mit der Aufhebung des Reichsschatzministeriums ist das Haus einverstanden. Beim Postetat sagt Reichspostminister Stinagl weitgehendes Entgegenkommen gegenüber geäußerten Wünschen zu, die infolge Heirat aus dem Dienst ausscheidenden Beamtinnen abzufinden, worauf der Postetat bewilligt wird. Bei der Beratung des Reichs-tag, nachdem Abgeordneter Beuermann (Deutsche Vp.) die hohen Kosten des Parlamentsbetriebs beklagt und festgestellt hatte, daß jedes von der Reichstags-Tribüne gesprochene Wort 95 Mark und jeder Sitzungstag an Kohlen usw. drei Millionen Mark koste, Abgeordneter Brunner (Soz.) erhebt hierauf den Verlehrsminister, angeführt der trefflichen Haltung der Eisenbahner im Ruhrkampf endlich die Disziplinarverfahren, die noch aus der Zeit des Eisenbahnerstreiks stammen, einzustellen, worauf ein Regierungsvertreter erwidert, daß die noch schwebenden Verfahren mit größter Beschleunigung und äußerster Milde durchgeführt würden. Bei der dritten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums verlangt Abgeordneter Schöpllin (Soz.) ein schärferes Einschreiten gegen diejenigen Offiziere, die Beziehungen zu illegalen monarchistischen und putschistischen Organisationen unterhalten. Der Redner sagt weiter, bei der Einweihung eines militärischen Gedenksteines in Döberitz habe Generalfeldmarschall von Hindenburg wieder seine tiefe Ehrfurcht vor Wilhelm II. bekundet. Es dürfe auch nicht

länger zugelassen werden, daß längst verabschiedete Offiziere bei jeder Gelegenheit in der kaiserlichen Uniform herumlaufen, wie jüngst wieder bei der Beerdigung in Baden. Abgeordneter Thomas (Komm.), der sich diesen Ausführungen anschließt, richtet Angriffe auf Ludendorff, Prinz Eitel Friedrich und Hindenburg. Reichswehrminister Dr. Geyer bedauert derartige Debatten in der jetzigen Zeit. Was von den Abgeordneten Schöpllin vorgelegte Material bezüglich des Wehrkreises II werde streng geprüft. Er müsse zwar die Augen offen halten, daß in der Armee nichts passiere, aber er könne auch befriedigt feststellen, daß während seiner Amts-führung trotz politischer Spannungen nichts Ernstliches passiert sei. Das Verdienst daran hätten auch viele Offiziere, die sich loyal in den Dienst der Republik gestellt hätten. Bezüglich der Rede, die Hindenburg in Döberitz gehalten hat, sagt der Minister, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, als ob Hindenburg eine monarchistische Huldigung damit beabsichtigt habe. Prinz Eitel Friedrich sei nicht als Angehöriger des ehemaligen Herrscherhauses, sondern als Offizier des Regiments bei der Feier anwesend gewesen. Er sei im Krieg ein tapferer Offizier gewesen und habe an der Spitze seiner Truppen im Feuer gestanden. Das Verbot der alten Uniformen sei nur durch eine Verfassungsänderung möglich, denn es handle sich hier um ein sogenanntes „wohlerworbenes Recht“. Darauf wird der Etat bewilligt und das Haus tritt in die 3. Beratung des Mieterschutzgesetzes ein. Abgeordneter Wiener (Deutschnat.) lehnt namens seiner Partei das Gesetz ab, das eine zehnfache Zerstörung des Hausbesitzes und zahlreicher Mittelstandsbesitzungen bedeute, wogegen Abgeordneter Schirmer (Bayer. Vpt.) feststellt, daß die berufenen Hausbesitzervertreter im Reichswirtschaftsrat eine andere Stellung eingenommen hätten als der Vordränger. Nachdem noch Abgeordneter Bahr (Dem.) die Vorlage beantwortet hat, wird diese gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und eines Teils der Volkspartei und des Zentrums angenommen. In der Mittwoch vormittag 11 Uhr beginnenden Sitzung sollen die noch nicht erledigten Etats und kleinere Vorlagen erledigt werden.

Berlin, 16. Mai.

Nach Erledigung verschiedener kleiner Gesetze und dritter Lesungen des Reichsetats kam es am Mittwoch im Reichstag zu einer politischen Debatte über die auswärtige Politik, die aber durch Erklärungen des Reichsaußenministers und der bürgerlichen Mitte eingekerkert wurde.

Zur Verhandlung gestellt wurden, während Reichskanzler Dr. Cuno und Außenminister v. Rosenburg im Saal erschienen, die Haushaltsfrage für den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt.

Die auswärtige Lage.

Abg. Müller-Franken (Soz.) glaubt, daß weite Kreise des Volkes es nicht verstehen können, wenn der Reichstag in die Pfingstferien ginge, ohne zur auswärtigen Lage Stellung genommen zu haben. Es seien Noten gewechselt worden, aber der Terror im besetzten Gebiet habe zugenommen. Man sollte doch in Frankreich einsehen, daß man damit nichts erreicht. Die Antwortnoten der Entente lassen noch Verhandlungsmöglichkeiten zu. Die Sozialdemokratie habe die Aufgabe des passiven Widerstands abgelehnt. Trotzdem werde von deutsch-nationaler Seite immer wieder das Gegenteil behauptet. Gegen solche Brunnenvergiftung müsse Verwahrung eingelegt werden. Für die Garantierung der deutschen Leistungen müßte der Besitz der deutschen Kapitalisten weitgehend herangezogen werden. Die Landwirtschaft habe sich bereits schuldensfrei gemacht. Die Meinungen über die Endsumme sind in der deutschen und der englischen Note verschieden dargelegt. Aber die Gegenseite können überbrückt werden. Eine internationale Anleihe werde nur erfolgen, wenn wir konkrete Garantien bieten, einen festen Zahlungsplan geben. Konkreter müssen wir werden mit den Garantien der Landwirtschaft und der Industrie. Bei der Endlösung wird nach die Erfassung der Sachwerte kommen müssen. Wir müssen selbst Angebote machen. Die Regierung muß auch die Initiative ergreifen zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der vertragsmäßigen Kohlen- und Kohlenlieferungen. Solche wirtschaftliche Verträge sind erforderlich, denn sie führen zur Entspannung. Der Redner fordert konkrete Vorschläge in der Ernährungsfrage. Das Ziel der Verhandlungen muß natürlich Räumung der Ruhr auf kürzeste Frist sein. Wir müssen die machtpolitischen Pläne Frankreichs nachweisen, vorher ist aber eine wirtschaftliche Lösung im besetzten Gebiet notwendig. Das Verhalten der Rheinlandkommission sei unerhört.

Abg. Lecht (Bayer. Vp.) gibt im Namen der bür-

gerichten Mittelparteien die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Augenblick zu einer Debatte verfrüht sei. Man habe das Vertrauen, daß die Reichsregierung dem Weg gehen werde, der in dieser Zeit notwendig sei.

Hg. Herzt (D.nat.) erkennt die Schwierigkeiten an, in denen sich die Regierung gegenüber den Notizen befinden muß. Die Sorge ist allgemein, daß Verzögerungen der Entschlüsse Nachteile für unser deutsches Volk haben könnten. In den Notizen finden sich für uns unerträgliche Zumutungen. Die Deutschnationalen seien der Ansicht, daß unter den heutigen Verhältnissen für unsere Regierung keine Möglichkeit für eine neue Note bestehe. (Zustimmung rechts.) Die großen Schwierigkeiten, in denen wir uns mit der ganzen Welt befinden, seien nicht durch uns geschaffen. Unsere Note vom 2. Mai ist auf ausdrückliches Verlangen der englischen Regierung erfolgt. Die Rede Lord Curzon war ein hochoffizieller Akt. Damit hat England eine moralische Verpflichtung übernommen. Die deutsche Regierung habe sich auch bezüglich der Garantien festgelegt. Die Produktivität der Wirtschaft müsse erhalten werden. Die Verkehrswirtschaft dürfe nicht dem Auslande ausgeliefert werden. Die gesamten abgestoßenen Hypotheken der Landwirtschaft betragen nur 15 bis 18 Milliarden Goldmark, also eine Summe, die für die Reparationen wenig ausmache. Die Entente würde jedes deutsche Angebot übertrumpfen. Aus diesem Grunde sei die Zurückhaltung richtig gewesen. Für uns gebe es kein Waffenstilllegen, keine Einstellung des passiven Widerstands. Die Regierung muß noch einmal feststellen, daß wir daran festhalten und uns durch nichts beirren lassen. Wir wollen nicht unter das Joch der Entente gehen. Man will das deutsche Volk bis aufs Blut peinigen, damit es aus seiner furchtbar schwierigen Reserve herausgeht, damit es zu Explosionen kommt, die Frankreich die Möglichkeit zu rücksichtslosem Vorgehen geben. Jede Note an Frankreich sei völlig undisuntabel, aber auch eine Note an England sei unmöglich. Wir haben ein ehrliches Angebot gemacht und wollen nicht umehrlich werden.

Reichsaussenminister v. Rosenburg erklärt, daß er im gegenwärtigen Augenblick leider nicht in der Lage sei, Erklärungen zur auswärtigen Politik abzugeben. Die Prüfung der eingegangenen und der eigenen Note sei noch nicht abgeschlossen. Es würde den Interessen des Landes widersprechen, wenn schon vorher Regierungserklärungen abgegeben würden. Das Haus könne überzeugt sein, daß die Regierung sich der schweren Verantwortung bewußt sei, die auf ihr laste und daß sie nur von dem einen Wunsch erfüllt sei, den Weg zu gehen, den ihr Pflicht und Ueberzeugung, das Interesse an Volk und Vaterland vorschreibt.

Hg. Rönn (Konun.) befragte ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland.

Hg. Wulle (D.Wst.) behauptete, in Deutschland werde eine frasse Geheimpolitik getrieben. Er nannte die englische und die italienische Note eine Unverschämtheit, die man zurückweisen müsse.

Darauf wurde der Etat in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Angenommen wurde auch noch das Flüchtlingsiedelungsgesetz, wonach für die Ansiedlung verdrängter deutscher Ansiedler, Pächter und Angehörigen 40 000 Hektar neues Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der Reichstag ging dann in die Pfingstferien, die bis zum 5. Juni gehen sollen.

Von der Ruhrfront

Düsseldorf, 16. Mai. Auf Befehl der französischen Besatzungsorgane mußten 45 Eisenbahner mit ihren Familien ihre Dienstwohnungen räumen.

Havas meldet aus Düsseldorf, daß die infolge der Sabotage von Linen vorgefahren beschlossenen Sanktionen, die in einer viertägigen Einstellung des Verkehrs zwischen Linen—Bochum und dem nichtbesetzten Gebiet bestehen sollten, auf 12 Tage verlängert worden sind.

Duisburg, 16. Mai. In der Nacht zum Sonntag erfolgte vor dem Ruhrstauwerk eine schwere Explosion. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden viele Fensterscheiben zerschmettert. Das Ruhrstauwerk selbst aber nicht beschädigt, da

der Sprengkörper vor dem Stauwerk explodierte. Ein Teil des Sprengkörpers flog in das benachbarte Maschinenhaus der Rheinischen Stahlwerke und durchschlug ein großes Halbleisenfenster. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts bekannt.

Duisburg, 16. Mai. In der Nacht vom 12. zum 13. Mai ist die Ruhrbrücke bei Block Ruhrthal—Weddau gesprengt worden. Der Verkehr geht jetzt über Block Ruhrthal—Duisburg—Hochfeld—Eid. Die gesamte Strecke ist in weitem Umkreis abgesperrt.

Kettwig, 16. Mai. Gestern sind starke französische Truppenabteilungen hier eingerückt und haben das Rathaus umstellt. Ueber 10 Millionen Mark sind beschlagnahmt worden. Außerdem wurde ein Geldschrank, in dem sich ungefähr 12 Millionen befinden, versegelt. Die französische Aktion bezweckt, die der Stadt auferlegte Geldbuße einzutreiben.

Frankfurt a. M., 15. Mai. Limburg ist seit heute nachmittag 4 Uhr von den Franzosen wieder geräumt. Die Franzosen haben dort einen Anschlag hinterlassen, daß Limburg ab 10. März 1923 zum besetzten Gebiet zu rechnen sei, und zwar mit der Maßgabe, daß nunmehr alle Stationen der Strecke Niederrhein—Limburg mit zum besetzten Gebiet zu rechnen seien. Sämtliche Stationen zwischen Camberg und Limburg (beide Orte eingeschlossen) sind nunmehr unbesetzt. Der Betrieb Limburg—Gießen, Limburg—Camberg und Limburg—Westerwald ist wieder aufgenommen worden.

Große Ausweisungen in Ludwigschafen

Ludwigschafen, 16. Mai. Den Bewohnern des Eisenbahnerblocks im nördlichen Stadtteil ist gestern nachmittag von den Franzosen die Weisung zugegangen, ihre Wohnungen bis heute nachmittag 4 Uhr zu räumen. Ueber 100 Familien werden von dieser Ausnahmemaßnahme betroffen. Der Stadtverwaltung ist es gelungen, die Leute notdürftig anderweitig unterzubringen.

Die Lage in der Amalifabrik ist unverändert. Die Lohnzahlungen an die Arbeiter und Beamten sollen heute erfolgen. Bei der gestrigen Absperrung der Fabrik durch die Spahis sind mehrere Personen leicht verwundet worden, da die Arbeiter rücksichtslos in die Menge hineintraten.

Neue Nachrichten

Das Zentrum für ein neues Angebot

Berlin, 16. Mai. Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags brachten in einer gemeinsamen Sitzung die Ansicht zum Ausdruck, daß der Faden der Verhandlungen mit der Entente nicht abbrechen dürfe und deshalb ein neues präzisiertes Angebot besonders in der Frage der Garantien gemacht werden müsse. Auch in der Auffassung, daß keine andere als die gegenwärtige Regierung für diese Aufgabe berufen sei, herrschte völlige Einmütigkeit.

Tarifserhöhung bei der Eisenbahn

Berlin, 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats wurde nach eingehender Beratung mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen, daß eine Tarifermäßigung für Braunkohlen nach wie vor aus allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen nicht durchgeführt werden kann. Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit der allgemeinen Finanzlage der Reichsbahn und deren Einwirkung auf die Tarifpolitik. Der Ausschuss war einhellig der Ansicht, daß rechtzeitig für Deckung der notwendigen Ausgaben durch Tarifserhöhungen gesorgt werden müsse. Während für Personentarife eine Erhöhung von 100 Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Anbetracht der ganzen Sachlage für erforderlich gehalten wurde, war der Ausschuss der Ansicht, daß die Gütertarife in einem solchen Ausmaß erhöht werden müßten, daß die durch die bevorstehenden Gehalts-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsbald bedeckt werden. Der Umfang der Gütertariferhöhung läßt sich heute noch nicht übersehen, müßte jedoch auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon 40 Prozent betragen. Eine neue Gütereinteilung mit langwierigen Vorarbeiten kommt nicht in Frage. Härten sollen jedoch mit den vorhandenen Mitteln ausgeglichen werden.

Japans Antwortnote

Berlin, 16. Mai. Die japanische Botschaft hat heute nachmittag dem Auswärtigen Amt folgende Antwortnote ihrer Regierung auf die Note der Reichsregierung vom 2. Mai übermittelt:

Eine strich ihr tröstend über das glänzende dunkle Haar und dachte: Armes Kind! Wie anders würde zu besseren Zeiten Philipps junge Frau ihren Lendemain begehen! — Sicher läßt sie auf einer schönen Gasthofsterrasse mit einer prächtvollen Aussicht vor sich, nähmen ein feines Gabelfrühstück oder Mittagessen zu sich und liebten einander! — Und nun host sie verlassen wie Ariadne und vielleicht unter Todesgefahr in dieser zwar fühlen, oder schrecklich unbequemen Schlucht mit einem Eimer Morgenmilch, die bald säuern wird, Brot und Räucherwaren. Die Butter haben sie vergessen. Nun, besser als nichts.

Da der Tag zur Höhe vorrückte, begann man die Kinder zu füttern. „Schon, um ihnen den Mund zu stopfen“, wie Tine sagte. Ein paar Trinkhölzer fanden sich. Man ließ sie an einem Schürzenbände in den niedrig fließenden Bach hinab und spülte sie so aus. Was nun, satt und zufrieden, von dem kleinen Volk irrend schlafen wollte, wurde, den Kopf auf einen Schoß gebettet, niedergelegt. Und bald küßelte der Atem der Schlummernden vernehmlich durch die enge Naturgasse.

Die Furcht, das Singsängstigen um die da draußen, Herzklopfen und sonstige Erregungszustände ließen nach; der Mensch kann die Spannung des Gemüts nicht dauernd festhalten und ertragen. Eine allgemeine Erschlaffung trat ein. Es herrschte ja auch eine geradezu wundervolle Ruhe. . . .

Auch die Erwachsenen nickten, nachdem sie ebenfalls etwas genossen hatten, den Rücken gegen die steintrockene Lehmvand gelehnt.

Nach einer Weile ermunterte sich Tine und stand auf: „Ich bin ganz steif und wollte, ich hätte Kaffee!“ Es kam mehr geäußert als gesprochen heraus und wäre auch ein frommer Wunsch geblieben.

Die japanische Regierung unterzog das neue Angebot, das die deutsche Regierung in ihrem Memorandum vom 2. Mai Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien vorlegte und das die gesamte Reparationsfrage umfaßt, einer sorgfältigen Prüfung. Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, sowohl in Rücksicht auf den Gesamtbetrag der Reparationssumme, wie auf die Modalitäten der Zahlungen, den Garantien im Reparationsplan, der den Hauptteil des oben erwähnten Angebots gemächt, ihre Zustimmung zu geben. Angesichts der Tatsache, daß Japans gegenwärtiges Interesse an der vorliegenden Frage nicht so groß und nicht so vital ist, wie das der anderen Alliierten, an die die Note gerichtet ist, nimmt die japanische Regierung Abstand, sich über Einzelheiten des neuen deutschen Vorschlags zu äußern.

Die proletarischen Hundertschaften in Preußen verboten

Berlin, 16. Mai. Der preussische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die sogenannten proletarischen Hundertschaften für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. In der Begründung heißt es, daß die proletarischen Hundertschaften nach den öffentlichen Verbungen, ihrer militärischen Organisation und Bewaffnung tatsächlich auch dazu ausersehen seien, einen offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Nach den verschiedenen Veröffentlichungen der kommunistischen Presse solle sich dieser Kampf gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig festgestellte Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.

Eintreten der Russen in London

London, 16. Mai. Nach Anhörung des größten Teils der Unterhausdebatte erklärte Krassin in Unterredungen mit Pressevertretern, er habe gestern ein Schreiben in das Foreign Office gefandt. Es sei ursprünglich nicht seine Absicht gewesen, um eine Unterredung nachzusuchen. Jetzt hoffe er jedoch, daß eine Zusammenkunft stattfinden werde. Die russische Regierung wolle keineswegs einen Bruch des englisch-russischen Handelsabkommens. Sie wünsche, alle strittigen Fragen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erörtern. Auf der Konferenz zwischen politischen Vertretern Großbritanniens und Rußlands könne die Frage der Propaganda geklärt werden.

Zu der Revisionsverhandlung

Düsseldorf, 16. Mai. Im Berufungsverfahren gegen Krubb werden die Angeklagten nicht erscheinen. Der Gerichtshof wird sich aus sieben höheren Offizieren zusammensetzen. Anklagevertreter ist der französische höchste Gerichtsoffizier Albert, der sich bei der Okkupationsarmee aufhält. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm-Essen. Die Revision stützt sich nur auf Verfahrensverstöße.

Donar Law in Paris

Paris, 16. Mai. Es bestätigt sich, daß sich Donar Law augenblicklich in Paris befindet, um bei einem Spezialarzt, der ihn schon mehrfach behandelt hat, Heilung von seinem Halsleiden zu finden. Wenn Donar Law sich in Paris auch lediglich als Privatmann aufhält, so rechnet man doch bestimmt damit, daß er die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen werde, um sich mit Poincare über die augenblicklich schwebenden Fragen zu unterhalten.

Die amerikanischen Besatzungskosten

Paris, 16. Mai. Die Arbeiten des mit der Regelung der amerikanischen Besatzungskosten beauftragten Ausschusses sind nahezu beendet. Im Verlaufe der gestrigen Sitzung haben die alliierten Sachverständigen mit Wadsworth als Vertreter des amerikanischen Schatzministeriums gemeinsam den Text festgelegt, der mit Ausnahme eines Paragraphen von dem Washingtoner Kabinett gutgeheißen worden war. In dem strittigen Paragraphen, den die Amerikaner fortfallen lassen möchten, besäßen sich die Verbündeten das Recht, die amerikanischen Abmachungen zu kündigen, wenn Amerika unabhängig von ihnen zur Einziehung seiner kommerziellen Schuldforderungen und seiner verschiedenen anerweitigen Schadenersatzansprüche so a. B. auf dem Wege einer Besteuerung deutscher Einfuhr, Schritte unternehmen würde. Da es sich hier um eine politische Frage handelt, beschlossen die Mitglieder der Kommission, sie an ihre verschiedenen Regierungen weiterzugeben.

Blaubart.

55) Roman von Marianne Lewis.

„Sie wird Vaterchen, der sie bei uns glaubte, nicht haben verlassen wollen und hält sich vielleicht im Hause versteckt. Ich weiß, ihr liebt sie nicht. Aber treu wie Gold ist sie doch!“

Thea, die nahebei stand, hatte gehört, was gesprochen wurde. „Soll ich sie holen?“ fragte sie.

„Nein, laß!“ bat Donata. „Sie ist fürchtbar eigenständig und dürfte nur der Gewalt weichen. Man muß ihr den Willen tun. Wer wird sich auch an einer Greisin vergreifen?! Sie spricht russisch. Das kann nützlich sein.“

Thea, die eine unbestimmte Furcht zwar nicht, aber eine böse Ahnung überdies, würde kaum nachgegeben haben, wenn sie sich nicht vor Attmatt gescheut hätte.

Can setzte oder lagerte sich, so gut es ging, horchte und beschäftigte die Kinder, damit sie Ruhe hielten. Jede der Erwachsenen übernahm die Verantwortung für eines oder mehrere.

Tine sorgte und grübelte und flüsterte mit Thea, Hild und Donata: „Was geschieht nun draußen? Sind „sie“ schon in Remmern? Oder wird es von der Heimfuchung verhört? — Hat mein Mann noch Anschluß bekommen und telephoniert? Oder beim Vater vielleicht, Donata? Sollte er daran denken?“

„Sei versichert, er denkt an alles, liebe Mutter! — Ach, wären Philipp und Ebert da, um zu helfen — oder auch besser nicht — — Ihr Leben könnte gefährdet sein! — Man weiß nicht, was man wünschen soll, und muß sich still verhalten, wie Vater befohlen hat, und hoffen, daß alles gut wird. . . .“

Sie schludte die Tränen, die ihr das Wort ersticken, hinunter.

Aber Tine vergaß ihn sofort: man vernahm gedämpft das Getrappel galoppierender Pferde!

Sie legte die Linke auf den Mund, hob mahnend die Rechte, deutete auf die ahnungslosen, meist schlafenden Kinder: Jetzt still! Ganz still!

Alle bewegte der Gedanke: Sind es die Unfern oder die Feinde?

Es schien, wie aus dem schnell näherkommenden Geträusch zu schließen war, keine große Schaar zu sein. Vielleicht gar Nachbarn, die flüchteten.

Doch nein! Man hörte nun Geschrei, fremde Laute, ein Kommando, aber durch die Entfernung geschwächt, vom entlegenen Hofe her.

Der Trupp mußte Halt gemacht haben.

Thea mit ihren feinen Ohren hatte hochaufgehört, als der Führeruf erscholl. Und ihr Gesicht, das bisher leicht gerötet, aber ruhig gewesen war, erbleichte. Mein Gott, diese Stimme? Konnte es möglich sein?!

„Tante Tine!“ räumte sie, „ich glaube, das war Lodze!“

„O Thea! — Hoffentlich irrst du nicht! Dann hätten wir nichts zu fürchten!“

Thea schwieg. Das Getümmel schwoll wieder an. Aber die erste Kommandostimme ließ sich nicht mehr vernennen.

Im Parke blieb es ruhig. Die Russen mochten da nichts erhoffen und sich in Haus und Hof festsetzen, fragieren, requirieren, gar plündern und jengen, denn man spürte Rauchgeruch.

Den angstvoll lauschenden Frauen liefen die Tränen über die Wangen. Nur Tine und Thea hielten sich tapfer.

(Fortsetzung folgt)

Protest gegen die Vertreibung der Eisenbahner.

Berlin, 16. Mai. Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine Note übergeben worden, in der gegen das Bestreben, die deutschen Eisenbahner aus ihren Wohnungen und zwar nicht nur aus ihren Dienstwohnungen, sondern auch aus Privathäusern und Gewerkschaftskolonien zu vertreiben, Verwahrung eingelegt wird. In den meisten Fällen ist die Frist der Räumung so kurz gestellt, daß die Betroffenen nicht in der Lage sind ihren Hausrat mitzunehmen. Den Vertriebenen wird nur gestattet, das mitzunehmen, was sie auf dem Leibe tragen. Ebenso werden die von dem Schiedsgericht gegen deutsche Eisenbahner, die nichts getan haben, als das weder mit dem Völkerrecht, noch mit ihrem Dienstfeld zu vereinbarende Ansinnen abzulehnen, gefällt Urteile gebrandmarkt. Die deutsche Regierung legt gegen diese terroristischen Maßnahmen erneut Verwahrung ein.

Reichstag und Frankfurter Erinnerungsfeier.

Berlin, 16. Mai. Präsident Löbe gedachte am Schluß der Reichstagsitzung der ersten Sitzung der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. vor 75 Jahren. Es handelte sich um kein feierliches Fest, sondern um ein erstes Gedenken. Diese Männer sind dort für die Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches auf demokratischer Grundlage eingetreten. Nur ein Teil ihrer Ideale ist erfüllt worden. Noch immer ringen wir um die Einheit und Freiheit des Reiches. Deshalb begrüßen wir die Veranstaltung in Frankfurt a. M. mit unserer Sympathie und senden den dort Versammelten und der Stadt Frankfurt unseren solidarischen Gruß.

Die außenpolitische Lage im Reichstage

Berlin, 16. Mai. Die Resolutionsbesprechungen in der Reichstagskammer am Montag und Dienstag haben noch nicht der Erörterung neuer deutscher Vorschläge gegolten, sondern lediglich der Entscheidung der Grundfrage, ob der Notenwechsel fortgesetzt werden und ob weitere Zugeständnisse gemacht werden sollen. Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle ist die Entscheidung durch die Mehrheit des Kabinetts in zustimmendem Sinne gefallen. Die Parteibesprechungen im Reichstage haben den ganzen Dienstag über angebauert. Das Ergebnis der Besprechungen ist, daß — mit Ausnahme der Reichsparteien — die Ergänzung und Neufassung des deutschen Angebots an die Alliierten verlangt wird. Das Zentrum unterstützt die weitergehenden sozialistischen Bestrebungen, in dem neuen Angebot die Summe von 35 Milliarden Goldmark zu nennen, weil dieser Betrag sich mit dem Mindestvorschlag Englands in Paris deckt.

In der heutigen Reichstagsitzung kennzeichnete der Führer der D. S. P. D. Hermann Müller-Franken die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in einer Erklärung, die u. a. befragt: Welche Kreise des Volkes könnten nicht verstehen, wenn der Reichstag in die Pfingstferien ginge, ohne zur auswärtigen Lage Stellung genommen zu haben. Es seien Noten gewechselt worden, aber der Terror im besetzten Gebiet habe zugenommen. Man sollte doch in Frankreich einsehen, daß man damit nichts erreicht. Die Antwortnoten der Entente lassen noch Verhandlungsmöglichkeiten zu. Die Sozialdemokratie habe die Aufgabe des passiven Widerstands abgelehnt. Konkreter müssen wir werden mit den Garantien der Landwirtschaft und der Industrie. Bei der Endlösung wird auch die Erfassung der Sachwerte kommen müssen. Wir müssen selbst Angebote machen. Die Regierung muß auch die Initiative ergreifen zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der verfassungsmäßigen Rots- und Kohlenlieferungen. Der Redner fordert konkrete Vorschläge in der Sicherungsfrage. Das Ziel der Verhandlungen muß natürlich Räumung der Ruhr auf kürzeste Frist sein.

Im Namen der bürgerlichen Mittelparteien gibt Abg. Leicht (B.B.) die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Augenblick zu einer Debatte verfrüht sei. Man habe das Vertrauen, daß die Reichsregierung den Weg gehen werde, der in dieser Zeit notwendig sei.

Für die Deutschnationalen spricht der Abg. Erz. Hergt. Er erkennt die Schwierigkeiten an, in denen sich die Regierung gegenüber den Noten befindet. Die Sorge ist allgemein, daß Verzögerungen der Entschlüsse Nachteile für unser deutsches Volk haben könnten. In den Noten fanden sich für uns unerträgliche Zumutungen. Die Deutschnationalen seien der Ansicht, einmal angeknüpfte Fäden nicht endgültig etwa abreißen zu lassen, da doch unter den heutigen Verhältnissen für unsere Regierung keine Möglichkeit für eine neue Note bestehe (Zustimmung rechts). Die großen Schwierigkeiten, in denen wir uns mit der ganzen Welt befinden, seien nicht durch uns geschaffen. Unsere Note vom 2. Mai ist auf ausdrückliches Verlangen der englischen Regierung erfolgt. Die Rede Curzons war ein hoffnungsloser Akt. Damit hat England eine moralische Verpflichtung übernommen. Die deutsche Regierung habe sich auch bezüglich der Garantien festgelegt. Die Produktivität der Wirtschaft müsse erhalten werden. Die Verkehrswirtschaft dürfe nicht dem Auslande ausgeliefert werden. Die gesamten abgelehnten Hypotheken der Landwirtschaft betragen nur 15 bis 18 Milliarden Goldmark, also eine Summe, die für die Reparationen wenig ausmache. Die Entente würde jedes deutsche Angebot übertrumpfen. Aus diesem Grunde sei die Zurückhaltung richtig gewesen. Für uns gäbe es kein Waffenniederlegen, keine Einstellung des passiven Widerstandes. Jede Note an Frankreich sei völlig undiskutabel, aber auch eine Note an England sei unmöglich. Wir haben ein ehrliches Angebot gemacht und wollen nicht unehrlich werden. Der Wille zum Widerstand ist allgemein. Eine neue gewaltige nationale Welle geht durch das ganze Land. Wir sind, so erklärte der Redner ausdrücklich im Namen seiner Fraktion, zu den äußersten Opfern bereit. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung den richtigen Weg finden werde und lagt ihr seine Unterstützung zu (Beifall rechts).

Den Standpunkt der Reichsregierung legt Außenminister v. Rosenberg dar, der erklärt, daß er im gegenwärtigen Augenblick leider nicht in der Lage sei, Erklärungen zur auswärtigen Politik abzugeben. Die Prüfung der eingegangenen und der eigenen Note seien noch nicht abgeschlossen. Es würde den Interessen des Landes widersprechen, wenn schon vorher Regierungserklärungen abgegeben würden. Das Haus könne überzeugt sein, daß die Regierung sich der schweren Verantwortung bewußt sei, die auf ihr laste und daß sie nur von dem einen Wunsch erfüllt sei, den Weg zu gehen, den ihr Pflicht und Ueberzeugung, das Interesse an Volk und Vaterland vorschreibt.

Württemberg

Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Stuttgart

Am Dienstag vormittag 11 Uhr wurde in Anwesenheit der Fürstin Hohenlohe, des Justizministers Bolz, Staatsrat Rauch als Vertreter des Ernährungsministers, Abg. Adorno, Präsident der Württ. Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager und anderer führender Persönlichkeiten die Landwirtschaftliche Ausstellung im Stadl, Schlacht- und Viehhof in Gaisburg mit einer längeren Ansprache des Präsidenten des Landwirtschaftl. Hauptverbandes Schultze a. D. Maunz von Altheim bei Kiedlingen offiziell eröffnet. Präsident Maunz hieß die Erschienenen herzlich willkommen und wies darauf hin, daß die Bedeutung der Ausstellung durch die Verbindung mit der erstmals veranstalteten Süddeutschen Landwirtschaftlichen Maschinenmesse wesentlich erhöht wurde. Als weiteres freudiges Moment erwähnte er die Wiederholung der seit dem Jahre 1910 nicht mehr abgehaltenen Ausstellung und Prämierung von Rastvieh. Auch eine Prämierung von Fischen und Geflügel, sowie sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sei neu vorgesehen. Diese Ausstellungen und Prämierungen sollen ein Bild von dem Stand der Viehzucht, Geflügelzucht, Fischzucht, des Getreidebaus, sowie sonstiger Zweige der Landwirtschaft geben und die Landwirte anregen, ihre Leistungen zu steigern und dadurch die Produktion zu heben. Wer offene Augen hat dem zeigen die Schaustellungen und Darbietungen, daß der Bauernstand die lebendige Nährmutter der großen hungerigen Menschheitsfamilie ist und bleibt. Die Opfer und Leistungen der anderen Stände, von Handel, Industrie und Handwerk für die Volksgemeinschaft in hohen Ehren, aber schließlich ist es doch in vielen Fällen in erster Linie die Landwirtschaft, die sie dazu in den Stand setzt. Die Schaustellungen zeigen weiter den engen Zusammenhang und die Verflechtung der einzelnen Zweige der Landwirtschaft und daß deswegen behördliche Eingriffe in die bäuerlichen Betriebe mehr schaden als nützen, denn von der Landwirtschaft gilt das Dichterwort:

„Eine muß ins andre greifen,
Eine durchs andre blühen und reifen.“

In dem Wunsch, die Ausstellung möge allen etwas bieten und sie möglichst befriedigen, erklärte er schließlich die Landwirtschaftliche Woche, die Ausstellung und die erste Süddeutsche Landwirtschaftliche Maschinenmesse für eröffnet.

An diesen kurzen Festakt schloß sich ein Rundgang der Ehrengäste durch die Ausstellung an.

Bereits am heutigen ersten Ausstellungstage hatte sich die Landwirtschaftliche Ausstellung eines starken Interesses zu erfreuen. In der schaulustigen Menge, die bereits seit den Morgenstunden das Ausstellungsgelände durchströmte, waren schon recht viele ländliche Besucher zu bemerken. Einen überaus regen Zuspruch erfuhr auch die Ausstellungslotterie.

Stuttgart, 16. Mai. **Finanzausschuss.** Der Finanzausschuss beriet gestern über den Antrag Bazille (B.P.) auf sofortige Aufhebung des Gesetzes betr. den Verkehr mit Grundstücken im Gebiet des Neckarkanals. Der Berichterstatter Wöhler (Ztr.) hielt den Zeitpunkt für die Aufhebung für verfrüht, aber eine Abänderung für angebracht. Generaldirektor Bechle wies darauf hin, daß bis 1. April etwa 7010 Grundstücke im Sperrgebiet veräußert wurden. 6882 Grundstücke wurden von der Ministerialabteilung für Wasser- und Straßenbau genehmigt, nur 80mal die Genehmigung verweigert. Außerdem gab es 46 Beschwerdefälle beim Ministerium, wovon 35 durchgingen. Die Feststellungen ergaben teils eine Umgehung des Gesetzes, teils eine Schädigung der Grundbesitzer. Nachdem die Redner der Bürgerpartei und des Bauernbundes die alsbaldige Aufhebung befürwortet, beantragte ein Redner der D.D.P. eine Berengung der Sperrzone und bezeichnete Betrügereien als schamlos. Letzterer Antrag wurde gegen die Stimmen des Bauernbundes angenommen. Auf Antrag Wöhler wurde die Staatsregierung ermächtigt, der Stadtgemeinde Wergentheim zur Tauberkorrektur, die bis jetzt 95 Millionen Mark erforderte, weitere Abschlagszahlungen zu gewähren. Zu einer Eingabe der vereinigten Verbände heimatretreuer Oberschlesier wurde ein Antrag Wöhler (Ztr.) angenommen, bei der Reichsregierung und bei der Reichsbahndirektion Stuttgart dahin zu wirken, daß die Eisenbahnbeamten im Barackenlager Eglshaus bald in Dauerwohnungen untergebracht und für ihre Mobilitätschäden entschädigt werden. Heute wird das Forstamt Pfalzgrafenweiler befristet.

Böblingen, 16. Mai. **Ueberefahren.** Während des Festzugs zur Einweihung der neuen Turnhalle in Darmsheim ist eine schwerhörige alte Frau von einem Fuhrwerk überfahren und so schwer verletzt worden, daß sie bald darauf verschied.

Massenbachhausen, O.A. Brockenheim, 16. Mai. **Schwerheimgefuhr.** Die Familie des Landwirts und Schwärzwarts Leonhard Kaprell wurde durch den plötzlichen Tod ihres Sohnes Leonhard heimgesucht. Vor einigen Wochen absolvierte der hoffnungsvolle, junge Mann das Lehrerseminar Gmünd. In seiner letzten Sitzung beschloß der Gemeinderat, den Lehramtskandidaten bis zu seiner Verwendung im Schuldienste auf dem Rathaus zu beschäftigen. Am Samstag fühlte er sich etwas müde und nun hat ihn der Tod plötzlich weggerissen.

Aalen, 15. Mai. **Regimentsfest.** Das Grenadier-Regiment König Karl (5. Württ. Nr. 123) traf sich am Samstag und Sonntag zu einer Gedächtnisfeier für die gefallenen Kameraden in Aalen. Die Stadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt und Ehrenporten errichtet. Schon am Samstag nachmittag traf eine größere Anzahl Kameraden aus allen Gauen ein. Abends 7 Uhr fand im Löwentelleraal eine Begrüßungsfeier statt, wobei der musikalische und gesangliche Teil von der Bergkapelle in ihrer schmucken Uniform und von dem Gesangverein Liederkränz durchgeführt wurde. Der Vorsitzende des Festausschusses, Kamerad Ingenieur Schloffer, begrüßte die Grenadiere. Besonderes Interesse erweckten die von dem Landesvorsitzenden des Kameradenbundes Ulmer Grenadiere vorgeführten Lichtbilder „Die Grenadiere im Felde“. Der Sonntag brachte neben den unzähligen Kameraden auch die Traditionskompanie vom Jägerbataillon in Ulm mit ihrem Führer Hauptmann Knörger. Der Festzug mit über 3000 Teilnehmern bewegte sich um 11 Uhr unter Glockengeläute nach dem Kriegerdenkmal von 1870/71, wo ein Feldaltar aufgestellt war. Nach einem Choral hielt zunächst der letzte Feldregimentskommandeur, Generalmajor a. D. von Lupin die Gedächtnisrede. Das Niederländische Dantgebet, gemeinsam gesungen, schloß sich an. Hierauf gedachte der katholische Feldgeistliche, Kaplan Dr. Anker-Ulm der toten Brüder. Er betonte, daß der Geist der Liebe und Treue zu Volk und Vaterland wieder aufwachen müsse. Dieser Geist sei eine sittliche Pflicht. Kamerad Funt-Ulm legte namens des Kameradenbundes einen Vorberkranz nieder, worauf das gemeinsam gesungene „Ich halt einen Kameraden“ die erhebende Fete beschloß. Nach Rückkehr des Fest-

zuges zur Stadt löste sich dieser auf dem Marktplatz auf. Das Mittagessen nahmen die Kameraden kompaniweise in den verschiedenen Lokalen ein. Abends markierte die Traditionskompanie zum Bahnhof, wo der Abschied an vergangene Zeiten erinnerte. Im nächsten Jahre treffen sich die Königsgrenadiere wieder in Ulm bei der Feier des 125jährigen Bestehens.

Laichingen, 16. Mai. **Schneefall.** Nachdem schon am Samstag mit Schnee vermischter Regen gefallen war, hat sich während der Nacht zum Dienstag eine dicke Schneedecke über die Erde gelegt, die einen großen Kontrast mit den blühenden Obstbäumen und Blumen bildet. Hoffentlich verschafft sich die Sonne bald wieder die nötige Geltung, um den Winter endgültig zum Abzug zu zwingen.

Schweningen, 16. Mai. **Zur Nachahmung.** Ein guter Zug von edler Gesinnung für unsere verarmten, alten, erwerbsunfähigen Mitmenschen beweist die Tatsache, daß der Armenverwaltung durch eine Sammlung im Café Schletter weitere 100 000 Mark zur Verteilung zugegangen sind.

Herrenalb, 16. Mai. **Neues Erholungsheim.** Das Anwesen „Bergschlößchen“ ist in den Besitz des schwedischen Lehrerbundes übergegangen. Der Verein beabsichtigt, es zu einem auf gemeinsamer Grundlage stehenden „Erholungsheim schwedischer und deutscher Lehrer“ einzurichten. Der bisherige Besitzer, Artur Schülke hat sich nicht nur das lebenslängliche Wohnrecht in seinem bisherigen Besitz gesichert, sondern ist auch zum Leiter und Vorstand des Heims bestellt worden.

Reiseverkehr nach den besetzten rheinischen Gebieten. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat neue Bestimmungen für den Verkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und den besetzten rheinischen Gebieten erlassen. Soweit es sich um Reisen vom unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet handelt, ist der hauptsächlichste Inhalt der Verordnung, gegen die von der Reichsregierung Protest eingelegt ist, folgender: Personen, die vom unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet reisen wollen, haben vom 10. Mai ds. Js. die Genehmigung hiezu, die in Form eines besonderen Ausweises erteilt wird, beim Oberbelegierten der zu bereisenden — französischen, englischen, belgischen — Zone zu beantragen. Der Antrag ist regelmäßig unmittelbar durch den Reisenden schriftlich an den betreffenden Oberbelegierten zu richten. Ausnahmsweise kann der Antrag durch Bewohner des besetzten Gebiets an den Kreisbelegierten ihres Wohnortes gerichtet werden. Der Antrag muß Angaben über das Ziel, den Beginn und die Dauer der Reise, über den Ort der Ein- und Ausreise und den geplanten Reiseweg, sowie Namen und Anschrift der Personen enthalten, bei denen der Antragsteller abzufragen beabsichtigt, oder die über ihn Auskunft zu erteilen vermögen. Dem Antrag sind zwei Lichtbilder, ein von dem Oberamt des Wohnorts (in Stuttgart dem Polizeipräsidenten) erhaltlicher „Ausweis für die Reise ins besetzte rheinische Gebiet“ und eine Aufenthaltsbescheinigung beizulegen. Ferner müssen dem Antrag die Gebühr für den zu erteilenden Ausweis des Oberbelegierten in Höhe von zurzeit 2000 M und die erforderlichen Briefmarken für das Antrags schreiben angeschlossen sein. Jeder Ausweis hat nur für das Befahungsgebiet, für das er ausgestellt ist, Gültigkeit. Befreit von vorstehender Ausweisvorschrift sind diejenigen Personen, die mit der Bahn durchgehend eine Strecke vom unbesetzten Deutschland nach einem Grenzland zurücklegen. Voraussetzung ist, daß sie bei ihrem Eintritt in das besetzte Gebiet ihren Pass oder Inländerischen Ausweis von der Ueberwachungsbehörde mit einem für 24 Stunden gültigen Stempel versehen lassen. Der Stempel berechtigt nicht zum Verlassen der Bahnhöfe des besetzten Gebiets.

Aus der Heimat.

Wildbad, 16. Mai 1923

Pfingstsonderzüge. Außer den derzeit verkehrenden fahrplanmäßigen Zügen verkehren noch folgende:

Samstag:	Pforzheim	ab 1.45	Wildbad	an 2.45
				6.15
Sonntag:	Pforzheim	" 7.05	Wildbad	" 7.57
		" 7.15	"	" 8.07
		" 2.30	"	" 3.27
	Wildbad	" 4.37	Pforzheim	" 5.22
		" 7.30	"	" 8.15
Montag:	Pforzheim	" 7.15	Wildbad	" 8.07
		" 7.43	"	" 8.41
		" 2.30	"	" 3.27
	Wildbad	" 4.25	Pforzheim	" 5.12
		" 4.37	"	" 5.22
		" 6.20	"	" 7.07
		" 7.30	"	" 8.45

Sitzung des Gemeinderats am 8. Mai 1923.

Verbilligung der Säuglingsmilch. Eine Verbilligung der Milch für Säuglinge soll für den Rest des Monats Mai mit 160 M. je Liter gewährt werden. Nach den Bestimmungen der Landesversorgungsstelle darf die Verbilligung nur in Fällen besonderer Bedürftigkeit (Erwerbsunfähigkeit, Erwerbsbeschränkung, zahlreiche Kinder) gewährt werden. Farrenhalter. Das Wartgeld der Farrenhalter wird erhöht für 1 Farren auf 72 000 M. jährlich und für 1 Zuchtbock auf 10 000 M. jährlich. Das Sprunggeld wird auf 100 M. für 1 Farren und auf 20 M. für 1 Zuchtbock festgesetzt. Gas- u. Elektrizitätsspreise. Mit Rücksicht auf die weitere Steigerung der Material- und Produktionskosten werden mit Wirkung vom 1. Mai 1923 die Gas- und Elektrizitätsspreise wie folgt erhöht: Gaseinheitspreis auf 400 M. für 1 cbm. Preis für Koks auf 6000 M. für 1 Zentner, Preis für Holzkohlen auf 2000 M. je Zentner, Einheitspreis für elektrischen Strom auf 600 M. für 1 Kilowattstunde, Preis für 1 Kilo Teer auf 150 M. Milchpreis. Nachdem am 11. Mai 1923 der Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch 500 M., die Zufuhrkosten 140 M. für 1 Liter betragen, wozu noch die Sammelkosten und die Verkaufskosten kommen, wird der Verkaufspreis für 1 Liter Vollmilch bei der hiesigen Milchsammlerstelle ab 11. Mai 1923 auf 660 M. festgesetzt. Gasfabrik. Am den Teer-anfall der städt. Gasfabrik vom Amontalwasser gründlich scheiden zu können, ist die Herstellung von 2 neuen Teergruben erforderlich. Die hiezu nötigen gußeisernen Formstücke offeriert das Gas- und Wasserleitungsgesellschaft Stuttgart zum Preise von 570 000 M., hiezu kommen noch die Herstellungskosten der Gruben selbst, die mehrere



Millionen Kosten verursachen werden. Der Aufwand macht sich aber dadurch in Bilde bezahlt, daß bei der Verleumdung des Teers die Frucht für das Wasser künftig wegfallen würde, was bei 5 Wagen jährlichem Teerverband ca. 1/2 Million Frächterparnis ausmacht. Es wird beschlossen, das Stadtbauamt mit Fertigung von Plan und Kostenvoranschlag über Herstellung der Teergruben zu beauftragen. Brennholzlieferung zur Kostandsverfolgung des Landes. Das Gesetz der hiesigen Stadt um Befreiung von der Lieferung von 400 Rm. Brennholz zur Kostandsverfolgung des Landes wurde durch Erlaß des Arbeits- und Ernährungsministeriums vom 2. Mai ds. Js. unter Ansat einer Sparte von 5000 Rm. abgewiesen. Die Stadt soll also gezwungen werden, obgleich der Brennholzanfall im Stadtwald zur Deckung ihres eigenen Bedarfs und zur Versorgung der hiesigen Einwohnerschaft nicht im Entferntesten ausreicht, noch 400 Rm. Brennholz an die Landesbrennstoffstelle abzuliefern. Zur Zeit ist sie hierzu nicht im Stande, da kein Brennholz vorhanden ist, über das nicht schon verfügt ist. Von den 1200 hiesigen Familien konnten im Jahr 1923 bis jetzt nur 200 Familien mit je 3 Rm. versehen werden. Die übrigen haben noch kein Brennholz erhalten. Die Lieferung der aufgelegten 400 Rm. wäre daher erst bis Herbst dieses Jahres möglich, aber nur auf Kosten der hiesigen Brennholzversorgungsberechtigten. Der Gemeinderat stellt deshalb Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung gemäß § 6 der Verf. vom 7. Dezember 1922, da er eine Verpflichtung der hiesigen Stadt zur Holzlieferung nicht anerkennen könne. Veseholz sammeln. Aus Anlaß verschiedener Vorfälle wird bestimmt, daß das Veseholz sammeln vor morgens 8 Uhr und abends nach 8 Uhr verboten ist. Wohnhausneubauten im Rennbachtal. Die Gipsarbeiten zu den Wohnhausneubauten an der Rennbachstraße werden der hiesigen Gipsereinnung um ihr Angebot von je 8130 000 Rm. übertragen. Elektrizitätswerk. Die Gipsarbeiten des Erweiterungsbau Elektrizitätswerks derselben um ihr Angebot von 2153 000 Rm. übertragen. Die Glaserarbeiten an diesem Bau dem Gottthold Roffuß und Hermann Eisele um 2787 300 Rm. Die Anschaffung eines Lauftrahns zur Montage des 400 pferdigen Dieselmotors im Stadt. Elektrizitätswerk mit einem Aufwand von ca. 8 000 000 Rm. und die Uebertragung der Lieferung an die Maschinenfabrik Esslingen auf Grund ihres Angebots vom 23. April ds. Js. wird genehmigt. Es werden noch laufende Verwaltungssachen und kleinere Gegenstände erledigt.

Kraftwagenverbindung Wildbad-Herrenalb-Baden-Baden. Vom Freitag, den 18. Mai, werden die Kursverbindungen mit Herrenalb, ebenso zwischen Wildbad und Engzellerte täglich zweimal wie früher wieder aufgenommen. Ab 1. Juni tritt der neue Sommerfahrplan in Kraft, nach welchem auch die Linie Wildbad-Dobel-Herrenalb-Baden-Baden in den Verkehr einbezogen wird. Der Fahrplan wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Aufforderung zum Eintritt in die freiwillige Feuerwehr.

Durch Beschluß des Gemeinderats vom 15. Mai 1923 ist die Feuerwehrabgabe mit Wirkung vom 1. April 1923 ab auf 10 000 Rm., 15 000 Rm., 20 000 Rm. und 25 000 Rm. erhöht worden. Die feuerwehrpflichtigen Einwohner im Alter von 18—50 Jahren werden aufgefordert, sich bis längstens 31. Mai ds. Js. zum Dienst in der freiwilligen Feuerwehr bei dem Kommando derselben anzumelden, andernfalls sie zu der Feuerwehrabgabe herangezogen werden. Wildbad, den 16. Mai 1923. Stadtschultheißenamt.

Impfung.

Die öffentliche Impfung für die hiesige Gemeinde wird am Mittwoch, den 23. Mai 1923, vormittags 9 Uhr in der Wilhelmsschule durch den Impfarzt vorgenommen werden, wozu die Impflinge bereit zu halten sind. Näheres ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich. Wildbad, den 16. Mai 1923. Stadtschultheißenamt.

GESCHWISTER FLUM
Buchhandlung, Papier- u. Schreibwaren
neben Gasth. z. Sonne empfehlen: neben Gasth. z. Sonne
Reiselaktüre, Geschenkliteratur
Schwarzwaldführer und -Karten
Leihbibliothek - Zeitungen und Zeitschriften
Feine Schreibwaren - Mal- und Zeichenartikel
Reiseandenken Orig. Offenbacher Lederwaren

Wer übernimmt die **Ausbesserung von Damenwäsche** gegen gute Bezahlung. Adressenangabe an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.
Feinste Molkereibutter Bender, Feinkosthandlung.

10—15 Zentner **Heu** zu kaufen gesucht. Auskunft durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.
Sämtliche Nahrungsmittel u. Kräftigungsmittel. Med.-Drog. A. & W. Schmit.

Ueber die beiden Pfingstfeiertage wird sowohl die Verbindung Wildbad-Dobel-Herrenalb wie Neuenbürg-Herrenalb ebenfalls kurzfristig nach dem ausgehängten Fahrplan ausgeführt.

Die Sioux „auf dem Prozeßpfad“. Aus Washington meldet der „Newport Herald“: Verschiedene Stämme der Siouxindianer verklagten die Vereinigten Staaten auf Zahlung von 219 635 Dollar nebst den seit 25 Jahren aufgelaufenen Zinsen, was eine Gesamtsumme von etwa 750 000 Dollar ausmacht. Sie erklären, die Vereinigten Staaten hätten ihnen feinerzeit Goldfelder und Wäldungen unrechtmäßig beschlagnahmt. Für jeden Hektar Goldfelder werden 100 Dollar und für jeden Hektar Wald 50 Dollar gefordert. 25 000 Einzelflagen wurden eingebracht. Man glaubt in Washington, daß der Prozeß 5—10 Jahre dauern wird.

Handelsnachrichten

Der Dollar am 16. Mai 45 500.— (42 405.75). Ueberzeichnung der preussischen Kassenleihe. Bei der am 11. Mai eröffneten Zeichnung auf die erste Ausgabe der 5proz. Kassenleihe hat sich bereits jetzt eine wesentliche Ueberzeichnung ergeben, so daß die Zeichnung am 14. Mai geschlossen werden mußte. Der neue Spritpreis. In der Versteigerung des Monopolamts wurde beschlossen, den regelmäßigen Verkaufspreis für Sprit für Mai unverändert mit 15 000 Mark pro Liter Weingeist stehen zu lassen. Weitere Heraushebung der Stickstoffdüngemittelpreise. Die Preise für Stickstoffdüngemittel sind wie folgt erhöht worden: Schwefelures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen, gedarrt und gemahlen, ferner kalksaures Ammoniak, sowie Ammoniak-sulfatsalpeter, je 7400 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; Kalksalpeter, ebenfalls 7400 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; daneben wird der Kollgehalt mit den für Koll in Chloralkalium für die jeweilige Abhebung geltenden Preisen in Rechnung gestellt. Natriumalpeter 8800 M für das Kilo Stickstoff in loser Schüttung; Kalkstickstoff 6575 M für das Kilo Stickstoff in Papierfäcken. Die neuen Ammoniakpreise betragen bei dem heutigen Stand der Mark ungefahr die Hälfte des Preises für Stickstoff in Chlorsalpeter. Die Anwendung des Stickstoffdüngers zu diesem Preise ist für die Landwirtschaft lohnend. Die Preise sind mit Wirkung vom 16. Mai in Kraft. Wie lange sie gehalten werden können, hängt von der Entwicklung der Welt ab. Für alle ordnungsmäßig abgeschlossenen und vom Stickstoff-Syndikat beauftragten Geschäfte auf Mengen zur prompten Lieferung hält sich das Syndikat an obige Preise gebunden, wenn der Gegenwart während der Gültigkeitsdauer dieser Preise in bar beim Syndikat eingegangen ist. Berliner Kartoffelnotierung. 15. Mai. Weiße und rote 3800 bis 4000 Mark, gelbschöne 4200 M je 50 Kg. (Erzeugerpreise ab nächstliegenden Stationen). Ueberänderter Mehlpreis. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl, Spezial 0, für heute unverändert mit 300 000 M für den Doppelzentner, waggonfrei Mannheim, belassen. Stuttgarter Börse. 16. Mai. Das französische Vorgehen in Ludwigsbafen und Höchst mahnte heute zur Zurückhaltung; die allgemeine Stimmung war jedoch besser als vielfach erwartet worden war, indem Verkaufsaufträge nur in geringem Maß vorgelegt haben. Die Kurse haben sich verhältnismäßig gut gehalten. Am Markt der Bankaktien wurden Vereinsbank bei 7800 rat. stark begehrt, Hypothekbank schlossen kaum verändert 4100, Notenbank gaben von 20 500 auf 18 000 nach. Von den Bauereimerten bielten sich Wulle bei 34 000, Esslingen fliegen um 700 auf 8500.

Auf dem Markt der Metallaktien zeigten sich Feinmechanik unbedeutend schwächer 81 000, Hobner setzten ihre Aufwärtsbewegung fort und kamen 5000 höher mit 102 000 zur Notiz, Jungbans schlossen 24 000 gegen 26 000 vorgefien. Metallwaren notierten nahezu unverändert 79 500. Von den Maschinenwerten gaben Palmier nur wenig auf 18 500 nach, Leupheimer zogen um 5000 auf 60 000 an, Magirus blieben so gut wie nicht verändert 14 600. Lebhaft gesucht wurden Esslingen, sie stellten sich wieder auf 27 500, wobei rationiert werden mußte; Hesser schwächten sich auf 21 900 gegen 23 000 am Montag ab, Weingarten mußten 3000 unter dem letzten Kurs bei 35 000 rationiert werden, da das Material der Nachfrage gegenüber unzureichend war. Reichardlumer mußten eine Kleinigkeit auf 24 750 weichen. Am Markt der Spinnereimerte blieben Erlangen 35 000 gegen 39 500 am Montag, Bietigheim weichen weiter 10 000 und notierten 135 000. Filz schwächten sich um 1900 auf 46 000 ab, Kattun blieben wieder 70 000, während Leinenindustrie eine bemerkenswerte Steigerung um 40 000 auf 170 000 aufzuweisen hatten. Von den sonstigen Werten gelangten Anilin 9000 niedriger mit 48 000 zur Notierung, Seidelberger Zement schwächten sich ebenfalls um 2000 auf 30 000 ab, Anort schlossen niedriger 27 200 gegen 28 500 zuletzt; Köln-Rottweil 42 000 gegen 44 000. Krumm verloren 1000 und blieben 10 000, Salzwerk Heilbronn vermochten ihren Stand vom Montag nicht ganz zu behaupten, sie notierten 25 000 niedriger 200 000, Stuttgarter Jucker waren unbedeutend niedriger bei 23 000 notiert. Die jungen Aktien der Union Deutsche Verlagsgesellschaft behaupteten sich gut bei annähernd dem gleichen Kurs wie vorgefien 34 750, Mannheim Del gingen auf 28 500 zurück (am Montag 38 000).

Württembergische Vereinsbank. Stuttgart. 16. Mai. Industrie- und Handelsbörse. Auf der Industrie- und Handelsbörse notierten von Baumwollgarnen: Engl. Troffel-, Warp- und Vincos 38 250—39 150 (am 2. Mai: 29 000—30 000), Nr. 30 42 750—43 650 (31 300—32 300), Nr. 36 43 650—44 550 (32—33 000), Vincos Nr. 42 45—45 000 (33—34 000), je das Kilo; von Baumwollgeweben: Cretonnes 5625 bis 5850 (4300—4500), Renforces 4950—5200 (3700—3900), elotte Kattune oder Crofies 4400—4600 (3300—3500) Mk., je das Meter. Nächste Börse: 6. Juni. Karlsruher Produktbörse vom 16. Mai. Für Getreide und Mehl Stimmung fest. Käufer und Verkäufer bei den sehr hohen Preisen zurückhaltend. Es wird nur der notwendigste Bedarf gedeckt. Auf spätere Lieferungsstermine sind Käufer vorherrschend, aber das Angebot ist hierfür gering. Man hätte folgende Preise, alles in 1000 Mark für die 100 Kilo: Weizen 170—180, Roggen 140—145, Gerste 130—140, Hafer je nach Qualität 110—125, Weizenbl. Mühlensfordnung 180—200, Mele 70—80, Spezialbrotbrot 85, Mehlme und Weizen ohne Sach 70—75, Frochenschmelz 45. In Mehl und Entkörnung war die Stimmung fest und die Preise fest. Kaffee und Tee wurden durch den Anstieg der hohen Preise. Kaffee Santos Superior roh 29—30 000, Arabica, geschnitten, 30—38 000 für ein Kilo, verarbeit. Santos Kaffee 36—40 000 für ein Kilo, Tee gut 58—62 000, Hel 64—68 000, fein 70—78 000. M-Feste. Schweinemarkt Nalen, 16. Mai. Zufuhr 35 Milch- und 2 P-ferschweine. Preise pro Paar Milchschweine 340 000—320 000 Mark. Das Wetter. Der Luftwibel, der nach Nordosten abgezogen ist, hat nachschub aus dem Westen erhalten, der seinen Einfluß zunehmend stärker geltend macht und am Freitag und Samstag wieder vielfach bei Nies, auch mit vereinzelten Niederschlägen verbundenen Wetter verursachen wird.

Pfannkuch & Co
Gingetroffen eine weitere Sendung frische Land-Eier zum Einkalken.
Pfannkuch & Co
G. m. b. H. in den besten Verkaufsstellen.

Landes-Kurtheater. Samstag, 19. Mai 1923

Eröffnungs-Vorstellung.
„Mascottchen“ Operette in 3 Akten von W. Bromme. Sonntag, 20. Mai 1923
„Zigeunerbaron“ Operette in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.

Fußballverein Wildbad.
Athletik-Abteilung. Spielleitung heute abend 8 Uhr Turnhalle.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg. Bekanntmachung.

An die freiwilligen Mitglieder der Kasse! Mit Wirkung vom 30. April 1923 ab sind durch Verordnung des Reichs-Arbeitsministers die Grundlöhne und Lohnstufen neu festgelegt worden, wodurch auch bei unserer Kasse für die freiwillig Versicherten eine andere Lohnstufenzuteilung notwendig ist. Aus der nachstehenden Tabelle kann ersehen werden, in welche Lohnstufe ab 30. April 1923 der Versicherte unter Zuverfügung seiner vorherigen Lohnstufe eingeteilt wird und welche Beiträge von diesem Zeitpunkt ab zu bezahlen sind. Dabei ist zu beachten, daß die Beiträge für sieben Wochentage und nicht mehr, wie seither, nur für sechs Wochentage berechnet sind.

Seitherige Zuteilung:			Zuteilung ab 30. April 1923:		
Lohnstufe	Grundlohn	Wochenbeitrag	Lohnstufe	Grundlohn	Wochenbeitrag
1	300	150	1	250	150
2	600	285	2	500	300
3	1200	570	4	1050	600
4	1800	870	6	1800	1020
5	3000	1440	8	2700	1500
6	4500	2160	10	4300	2400
7	6000	2880	11	5400	3030
8	7500	3600	12	6700	3750
9	9000	4320	13	8200	4500
10	10500	5040	14	9900	5550
11	12000	5760	15	11800	6600
12	14400	6900	16	13600	7620

Neuenbürg, den 16. Mai 1923. Vorstehender des Vorstands: (gez.) Feinzelmann. Verwalter: (gez.) Döbernet.

Tabakwaren
(beste orientalische Tabake)
kaufen Sie bei mir noch **billig!!**
CIGARETTEN zu 40, 60, 70, 80, 100, 120 etc.
CIGARREN von 180 Mk. an
TABAKE (100 g-Pakete) von 1500 Mk. an
Günstigste Gelegenheit für Wirte!

Ferdinand Bender, Feinkosthandlung
Kleine Anzeigen haben im „Wildbader Tagblatt“ den besten Erfolg.

Forstamt Wildbad. Nugholz-Berkauf.

Am Mittwoch, den 23. Mai 1923 vorm. 8 1/2 Uhr in Wildbad, Gasthof z. gold. Sternen aus Staatswald (Scheidholz vom ganzen Forstbezirk.) Stammholz: 80 Eichen mit 5 IV, 11 V, 6 VI, XI, 45 Buchen 9 IV, 8 V, 9 Ahorn, 1 VI, Laubholzstangen: Eichen 31 I, 22 II, Buche 4 I, XI. Schichtderholz: 35 Rm. Buch, Ausschussspälter, 3 Nadelholz-Ausschussspälter; Papierroller gerepelt: Rm.: 12 I, 39 II, 3 III, ungerpelt 20 Rm. Losverzeichnis sind vom Forstamt erhältlich.

Gerwierfräulein
Sucht für hiesigen Platz Saisonstellung. Zu erfragen beim Portier im Hotel Post.

Gesucht ein gut erhaltenes **Chaiselongue oder Sofa**, sowie ein **Kinderbett**. Dreher, bei Metzger Pfau.

Alle Musik-Instrumente für Haus und Dreher von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empf. in reichster Auswahl
Musikhaus Curth
Großhandel und Einzelverkauf Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkaden Reichsich — Hofbrücke
Antauf alter Geigen u. Celli